

Menschlichkeit auf der Anklagebank

In bislang unbekanntem Ausmaß machen staatliche Behörden in ganz Europa es den Menschen und Organisationen schwer, wenn sie Geflüchtete unterstützen. Humanes Handeln wird in kriminelles Tun umgedeutet und empfindlich bestraft. Die Publikation *Push back Solidarity* gibt einen umfassenden Einblick wie diese Kriminalisierung abläuft. Sie zeigt aber auch wie Schikanen und Diffamierung neue Wellen der Solidarität hervorbringen. Von Christine Wolfrum

Wer Solidarität mit Schutzsuchenden zeigt, gilt bei europäischen Behörden und politischen Amtsinhaber*innen in der gesamten Europäischen Union (EU) zunehmend als kriminell. Um zu zeigen wie das im Einzelnen auf vielen unterschiedlichen Ebenen überall in der EU stattfindet, hat *borderline-europe* kürzlich ein leicht verständliches, hochwertiges und umfassendes Magazin unter dem Titel *Push back Solidarity* veröffentlicht. Unter Push back versteht man illegale Zurückweisungen. Dabei werden Geflüchtete an der Grenze oder bereits nach Grenzübertritt wieder zurückgedrängt. Diese Publikation dokumentiert, wie repressive Politik menschliches Miteinander zu verhindern versucht und obendrein strafrechtlich verfolgt. „Anhand der uns bekannten Beispiele wollten wir erklären, wie das konkret abläuft“, sagt Harald Glöde, eines der Gründungsmitglieder der Organisation *borderline-europe* in Berlin. Welche neuen Auflagen hindern Menschen daran andere zu unterstützen? Worauf berufen sich die Anklagen zur Beihilfe von illegalem Aufenthalt oder illegaler Einreise? Was wird in den laufenden Prozessen eigentlich verurteilt? Und wie weitreichend gilt das? Thema ist auch wie einige Medien und zahlreiche Menschen unhinterfragt übernehmen, was offizielle Stellen verlautbaren lassen. Interviews mit Betroffenen sowie Steckbriefe geben sehr persönliche Einblicke, warum es sich Menschen

Veränderte Gesetze ermöglichen Behörden willkürliches Handeln

trotz behördlicher Schikanen nicht nehmen lassen, Hilfesuchende zu unterstützen. So wie Pierre Alain Mannoni, Universitätsprofessor aus Nizza. Er wollte 2016 drei Frauen aus Eritrea, die bereits in Frankreich waren, mit dem Auto zum nächsten Bahnhof fahren. Polizisten hielten ihn an und nahmen ihn fest. Die Anklage lautete: Beihilfe zum illegalen Aufenthalt. Als das Magazin in Druck ging (Oktober 2020, Anmerkung der Redaktion) war noch nicht klar, ob das Gericht ihn bei der inzwischen fünften Verhandlung zu fünf Jahren Haft und 15.000 Euro verurteilen wird. Im November 2020 wurde er in letzter Instanz endlich freigesprochen. „In Einzelfällen gelingt das

auch durchaus“, kommentiert Harald Glöde trocken den Freispruch.

Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen sind inzwischen üblich

Die Kriminalisierung richtet sich gegen Menschen und Organisationen, die sich für die Würde und Rechte von Schutzsuchenden einsetzen. Es sind also jene, die dort einspringen und helfen, wenn jemand in Not ist, wo staatliche Behörden ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Geflüchtete bezahlen diese rechtswidrige Politik oft mit ihrem Leben. Europäer*innen soll sie vor allem verängstigen und abschrecken.



Push back Solidarity. Wie die Europäische Union Solidarität mit Schutzsuchenden Kriminalisiert *erhaltet ihr bei* borderline-europe.de *für eine Spende plus Versandkosten. Eine E-Mail genügt mit der gewünschten Anzahl der Exemplare und eurer Postadresse an* volunteer@borderline-europe.de *als pdf gibt es die Broschüre auf* borderline-europe.de

Christine Wolfrum, *Wissenschaftsjournalistin und Buchautorin, lebt in München und anderswo.*

Veränderte Gesetze, neue Auflagen und strategische Vorgehensweisen ermöglichen Behörden große Ermessensspielräume zu willkürlichem Handeln. Das gilt für alle EU-Staaten, sei es in Calais, an der kroatisch-serbischen Grenze, im französischen Roya-Tal oder in deutschen Kirchen. In Griechenland beispielsweise beeinträchtigen solche Neuauflagen die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder legen sie völlig lahm. Und Mitarbeiter*innen machen sie zu Kriminellen, wie dieses Magazin eindrücklich belegt. Da jede*r Asyl in der EU nur auf europäischem Boden beantragen kann, muss jede*r, der es benötigt, zunächst einmal „illegal“ einreisen!

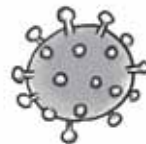
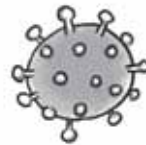


Schwerwiegende, systematische Menschenrechtsverletzungen vor aller Augen sind inzwischen üblich. Etwa, wenn die griechische Küstenwache Menschen, die bereits das griechische Territorium erreicht hatten, in Rettungsinseln auf dem Meer aussetzt und sich selbst überlässt. Sämtliche Beiträge sind solide recherchiert und dokumentiert, so dass jede*r bei weiterführenden Links nachlesen kann, falls man sich an einer Stelle festgebissen hat und mehr über bestimmte Zusammenhänge erfahren möchte.

Trotz der schockierenden Kriminalisierung, die solidarische Handeln häufig nach sich zieht, macht das Heft auch viel Mut. Denn es stellt Bewegungen und Projekte des Widerstands gegen diese staatlichen Repressionen vor, einschließlich der zahlreichen Menschen, die weiterhin das immer wieder tun, was ihrem Menschsein gemäß ist. Harald Glöde betont: „Kriminalisiert man Menschen, die ihren humanitären Ideen folgen, greift man damit gleichzeitig eine solidarische Gemeinschaft an. Das bedeutet: Wir sind an einem Punkt, an dem der menschliche Umgang miteinander kriminalisiert wird!“ <

Was ist *borderline-europe*?

Die 2007 gegründete Organisation konzentriert sich hauptsächlich auf Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. „Unser Fokus liegt auf den Außengrenzen der EU mit Blick, was dort passiert“, sagt Harald Glöde. Um das zu leisten, gibt es zwei Außenstellen. Eine in Palermo, eine andere ist ein Unterstützungsprojekt für Geflüchtete auf Lesbos. Hinzu kommt wichtige Netzwerkarbeit mit anderen Organisationen, beispielsweise der zivilen Seenotrettung. Darüber hinaus arbeitete *borderline-europe* unter anderem bei Projekten mit den Münchner Kammerspielen zusammen, dem Gorki- und dem Deutschen Theater in Berlin, sowie mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden beim Evangelischen Kirchentag 2019 in Dortmund. Häufig sind die Mitarbeiter*innen gefragte Referent*innen.



Was Corona mit uns macht... #09
Lockdown, Liebe, Langeweile
 Festen Beziehungen hat der erste Lockdown offenbar gutgetan. 44% gaben an, dass sich ihre intimen Beziehungen vertieft haben. Bei 22% wurden sie jedoch distanzierter. 74% hatten „viel Spaß miteinander“. Bei Singles war es – wenig überraschend – anders und sie hatten deutlich weniger intimen Kontakt. 31% nutzten Online-Dating häufiger, 39% seltener als vor der Pandemie. Am häufigsten gaben 18 bis 20-Jährige an sich „stark isoliert“ zu fühlen (68%). Bei den über 61-Jährigen waren es nur etwa halb so viele (36%).
 Dr. Barbara Rothmüller, Soziologin, u.a. Universität Wien // Liebe, Intimität und Sexualität in der COVID-19-Pandemie // 8.112 Teilnehmende in Deutschland und Österreich // nicht repräsentativ // April 2020

